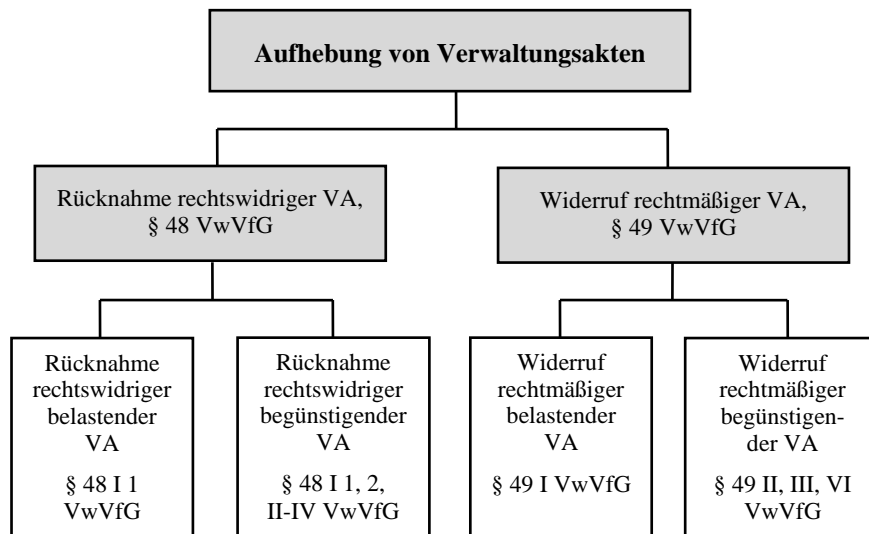


Teil 2: Verwaltungsrecht

Erstes Kapitel: Allgemeines Verwaltungsrecht

Übersicht 14: Aufhebung von Verwaltungsakten



(1) Handelt es sich um einen VA i.S.v. § 48 II 1 VwVfG?

Dies ist nur dann der Fall, wenn der VA

- eine einmalige Geldleistung gewährt, z.B. einmalige Zahlung von € 100,--, oder
- eine laufende Geldleistung gewährt, z.B. vierteljährliche Zahlungen, oder
- eine teilbare Sachleistung gewährt, z.B. die Gewährung von Heizmaterial oder Kleidungsstücken für Bedürftige, aber auch die Überlassung von Wohnraum, der etwa aus mehreren Räumen besteht, oder die
- Voraussetzung für die Gewährung solcher Leistungen ist.
- Ist die Voraussetzung (1) nicht erfüllt, kommt nur eine Rücknahme nach § 48 I 1, III VwVfG in Betracht. Ist die Voraussetzung (1) erfüllt, muss weitergeprüft werden.

(2) Hat der Begünstigte tatsächlich auf den Bestand des VA vertraut, inwieweit hat er vertraut (§ 48 II 1 VwVfG)?

Im Normalfall - und hiervon ist in Prüfungsarbeiten auszugehen, wenn der Sachverhalt keine gegenteiligen Angaben enthält - hat der Begünstigte auf den vollen Bestand des VA vertraut.

(3) Inwieweit ist das Vertrauen schutzwürdig (§ 48 II 1 VwVfG)?

(a) Ausschlussstatbestand des § 48 II 3 VwVfG

Der Ausschlussstatbestand des § 48 II 3 VwVfG ist vorab zu prüfen. Diese Vorschrift bestimmt ausnahmslos und ohne Abwägungsmöglichkeit, dass sich der Begünstigte in drei Fällen auf Vertrauen nicht berufen kann:

- Erwirkung des VA durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung (Nr. 1).
- Erwirkung des VA durch Angaben, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren (Nr. 2). Auf Verschulden des Begünstigten kommt es nicht an.
- Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis der Rechtswidrigkeit des VA (Nr. 3). Es genügt, wenn sich dem Begünstigten die Rechtswidrigkeit des VA hätte aufdrängen müssen.

Soweit die Voraussetzungen einer dieser Fallgruppen erfüllt sind, muss der VA gem. § 48 II 4 VwVfG in der Regel zurückgenommen werden – und zwar mit Wirkung für die Vergangenheit. Liegt keine dieser Fallgruppen vor, muss weitergeprüft werden.

(b) Vermutung des § 48 II 2 VwVfG

Nach dieser Bestimmung ist das Vertrauen **in der Regel** schutzwürdig, **soweit** der Begünstigte die gewährten Leistungen **verbraucht** hat oder eine **Vermögensdisposition** getroffen hat, die er nicht mehr oder nur unter unzumutbaren Nachteilen rückgängig machen kann (**Vertrauensbetätigung**).

Beispiel: Die ausbezahlte Subvention wurde in Form von Preissenkungen an die Verbraucher weitergegeben.

Beachte: Kein Verbrauch i.S.v. § 48 II 2 VwVfG liegt vor, wenn die gewährte Leistung sich bei **wirtschaftlicher Betrachtungsweise** noch im Vermögen des Bürgers befindet, z.B. Verwendung des erhaltenen Geldbetrages zur Schuldentilgung. Die Regelvermutung des § 48 II 2 VwVfG greift auch für solche Vermögensdispositionen nicht ein, die zwar nicht oder nur unter unzumutbaren Nachteilen rückgängig gemacht werden können, die aber eine Vermögensmehrung bedeuten.

Ist eine der genannten Voraussetzungen erfüllt, ist das Vertrauen des Begünstigten **in der Regel** schutzwürdig. D.h., der VA darf **in aller Regel** nicht zurückgenommen werden. Eine Rücknahmebefugnis besteht nur noch in **Ausnahmefällen**, etwa bei besonders schwerwiegender Rechtswidrigkeit des VA. Sie darf allerdings nicht zur Nichtigkeit geführt haben, weil nichtige VA nicht aufgehoben werden können.

Sind die Voraussetzungen von § 48 II 2 VwVfG nicht erfüllt oder kommt ein Ausnahmefall in Betracht, muss weitergeprüft werden.

(c) Schutzwürdigkeit des Vertrauens des Begünstigten unter Abwägung mit dem öffentlichen Interesse an einer Rücknahme (§ 48 II 1 VwVfG)

Hier sind vor allem folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- **Fehlt eine Vermögensdisposition** des Begünstigten - liegen also die Voraussetzungen von § 48 II 2 VwVfG nicht vor -, überwiegt **in der Regel** das öffentliche Interesse an der Rücknahme, weil diese den Begünstigten dann (in der Regel) nicht unzumutbar belastet.
- Auswirkungen der Rücknahme bzw. Nichtrücknahme für den Begünstigten, die Allgemeinheit und Dritte - wenn nicht schon der zuerst genannte Aspekt durchgreift.
- Ausmaß der Rechtswidrigkeit - wenn nicht schon der zuerst genannte Aspekt durchgreift.

(4) Rücknahmebefugnis

Die Rücknahmebefugnis besteht nur **insoweit**, wie das Vertrauen des Begünstigten **nicht** schutzwürdig ist. Das kann bedeuten, dass der VA überhaupt nicht, nur zum Teil oder nur für die Zukunft zurückgenommen werden darf.

Aber auch soweit die Rücknahmebefugnis besteht, muss der VA nicht zurückgenommen werden. Denn der Behörde steht ja ein **Ermessen** zu. In den Fällen des § 48 II 3 VwVfG ist das Ermessen aber eingeschränkt. Hier sagt § 48 II 4 VwVfG, dass der VA in der Regel zurückgenommen werden **muss**, und das sogar mit Wirkung für die Vergangenheit.

Übersicht 16: Wiederaufgreifen des Verfahrens nach § 51 VwVfG (Prüfschema)

Bei der Prüfung eines Antrages auf Wiederaufgreifen des Verfahrens nach § 51 VwVfG ist folgendermaßen vorzugehen:

I. Zulässigkeit des Antrages auf Wiederaufgreifen des Verfahrens

1. **Unanfechtbarkeit des in Rede stehenden VA.**
2. **Vortrag des Antragstellers (Bürgers), aus dem sich die Möglichkeit ergibt, dass einer der in § 51 I VwVfG genannten Wiederaufgreifensgründe tatsächlich vorliegt.** Ob diese Möglichkeit besteht, muss der Bearbeiter von Prüfungsfällen untersuchen. Es darf an dieser Stelle aber noch nicht geprüft werden, ob tatsächlich ein Wiederaufgreifensgrund vorliegt.
3. **Kein grobes Verschulden des Antragstellers** hinsichtlich der Nichtgeltendmachung des Wiederaufgreifensgrundes zu einem früheren Zeitpunkt, § 51 II VwVfG.
4. **Beachtung der Dreimonatsfrist** des § 51 III VwVfG.

II. Begründetheit des Antrages auf Wiederaufgreifen des Verfahrens

Nochmals: Es geht nicht um die Frage, ob die Behörde den VA aufheben muss, sondern nur darum, ob sie sich noch einmal mit dem VA in der Sache befassen muss.

Der Antrag ist begründet, wenn einer der in § 51 I VwVfG genannten Wiederaufgreifensgründe **tatsächlich vorliegt**. Dazu im einzelnen:

1. **Nachträgliche Änderung der Sach- oder Rechtslage** zugunsten des Betroffenen (§ 51 I Nr. 1 VwVfG): Die **Aufhebung von Rechtsvorschriften durch den Normgeber** ist eine Änderung der Rechtslage. Anders verhält es sich, wenn **Gerichte Rechtsvorschriften für ungültig erklären**. Da nur festgestellt wird, was schon vorher Rechtens war, ist dies weder eine Änderung der Sach- noch der Rechtslage. Zu denken ist aber an eine Rücknahme des VA nach § 48 VwVfG. Ebenfalls keine Änderung der Sach- und Rechtslage ist eine bloße **Änderung der Behördenpraxis oder der Rechtsprechung**.
2. **Vorliegen neuer Beweismittel** (§ 51 I Nr. 2 VwVfG): Die neuen Beweismittel (z.B. neuer Zeuge) müssen sich auf **alte Tatsachen** beziehen. Geht es um **neue Tatsachen**, ist § 51 I Nr. 1 VwVfG einschlägig.
3. **Wiederaufgreifensgründe entsprechend § 580 ZPO** (§ 51 I Nr. 3 VwVfG): Wenn z.B. eine Urkunde, die für den VA-Erlass (mit-)entscheidend war, gefälscht war oder wenn der VA-Erlass durch eine Straftat (z.B. Bestechung) erwirkt wurde.

Liegt ein Wiederaufgreifensgrund vor, ist der Antrag auf Wiederaufgreifen des Verfahrens begründet. **Das heißt freilich noch nicht, dass der VA auch tatsächlich aufgehoben werden muss. Vielmehr hat der Antragsteller lediglich einen Anspruch auf erneute Prüfung des VA.**

III. Begründetheit des Antrages auf Aufhebung des VA: Umstritten ist, an welchem Maßstab der VA nunmehr zu prüfen ist. Es werden **drei Auffassungen** vertreten:

1. Maßgeblich sind **sämtliche für den Erlass des VA einschlägigen Rechtsvorschriften**. Danach wird der VA voll überprüft.
2. Maßgeblich sind die **§§ 48, 49 VwVfG**. Danach liegt es auch dann im Ermessen der Behörde, ob sie den VA aufhebt, wenn er sich nunmehr als rechtswidrig erweist. Allerdings soll es **in der Regel** ermessensfehlerhaft sein, wenn die Aufhebung eines rechtswidrigen VA abgelehnt wird.
3. Die Behörde ist an die **Wiederaufgreifensgründe des § 51 I VwVfG** gebunden. D.h., der VA muss (nur) dann aufgehoben werden, wenn er in Ansehung gerade des vorliegenden Wiederaufgreifensgrundes rechtswidrig ist bzw. rechtswidrig geworden ist. Dieser Auffassung ist zu folgen. Die Bindung an die Wiederaufgreifensgründe entspricht dem Zweck von § 51 VwVfG.

Beachte: §§ 48 f. VwVfG und § 51 VwVfG stehen **nebeneinander** und sind zwei verschiedene Wege, die zur Aufhebung von VA führen (können).

Übersicht 17: *Gebundene Verwaltung - Ermessensverwaltung*

Gebundene Verwaltung:

Tatbestand: Wenn die Voraussetzungen 1, 2 und 3 erfüllt sind,
Rechtsfolge: **muss** die Behörde die Maßnahme X treffen.

Ermessensverwaltung:

Tatbestand: Wenn die Voraussetzungen 1, 2 und 3 erfüllt sind,
Rechtsfolge: **kann** die Behörde folgende Maßnahme(n) X (oder Y) treffen.